

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

- a) **zu dem Antrag der Abgeordneten Enrico Komning, Tino Chrupalla, Armin-Paulus Hampel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/7039 –**

**Rechtssicherheit für Unternehmen – Aufträge durch verhängte
Ausfuhrstopps durch die Bundesrepublik Deutschland übernehmen**

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Heike Hänsel, Michel Brandt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/8965 –**

**Keine Rüstungsexporte an Saudi-Arabien und andere am Jemenkrieg
beteiligte Staaten**

A. Problem

Zu Buchstabe a

Übernahme der vom Ausfuhrverbot nach Saudi-Arabien betroffenen, fertig gebauten und noch zu bauenden Patrouillenboote; Eintritt in die Rechte und Pflichten des ursprünglichen Käufers.

Zu Buchstabe b

Revision der Entscheidung des Bundessicherheitsrats zu Rüstungsexporten an Saudi-Arabien über Partnerländer wie Frankreich und Großbritannien; Ausweitung des Waffenexportstopps auf alle Länder der Jemen-Kriegskoalition; keine Lieferung von Atomtechnologien beziehungsweise Komponenten zum Bau und Betrieb von Atomkraftwerken; keine Lieferung von Brennelementen der ANF

Lingen zur Verwendung in den Vereinigten Arabischen Emiraten oder Saudi-Arabien; umgehende Stilllegung der deutschen Uranfabriken.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/7039 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/8965 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Keine.

Zu Buchstabe b

Keine.

D. Kosten

Zu Buchstabe a

Wurden nicht erörtert.

Zu Buchstabe b

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/7039 abzulehnen,
- b) den Antrag auf Drucksache 19/8965 abzulehnen.

Berlin, den 8. Mai 2019

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Frank Junge
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Frank Junge

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 19/7039** wurde in der 74. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Januar 2019 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Auswärtigen Ausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 19/8965** wurde in der 92. Sitzung des Deutschen Bundestages am 4. April 2019 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Auswärtigen Ausschuss und den Verteidigungsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Der Antrag stellt fest, dass der von der Bundesregierung verhängte Ausfuhrstopp von Patrouillenbooten nach Saudi-Arabien die betroffene Peene-Werft in Wolgast in eine existenzbedrohende Situation führe. Die von der Peene-Werft zu liefernden Patrouillenboote dienten vor allem dem Küstenschutz sowie der Grenzsicherung und seien nach Experteneinschätzung und nach Einschätzung der Bundesregierung selbst als aggressives bzw. offensives Waffensystem nicht einsetzbar. Das verhängte Ausfuhrverbot stelle von daher eine drastische Maßnahme dar, mit der die Peene-Werft als Auftragnehmer nicht habe rechnen können. Der Bundesregierung komme gegenüber der Peene-Werft und deren Belegschaft ein hohes Maß an Verantwortung zu. Für die gebauten Patrouillenboote gelte ein uneingeschränkter Vertrauensschutz, da weder die Zulässigkeit des Vertragsschlusses noch die Ausfuhr der Boote zu irgendeinem Zeitpunkt seitens der Bundesregierung in Frage gestellt worden seien. Ein Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in die Rechte und Pflichten des ursprünglichen Käufers, Saudi-Arabien, sowie die Weiterveräußerung dieser Boote an afrikanische Mittelmeerstaaten wie Tunesien, Libyen, Marokko oder Algerien könnten dazu beitragen, in Seenot und in Lebensgefahr geratene Migranten aufzunehmen und an ihren Ausgangsort zurückzubringen. Daher fordert die antragstellende Fraktion die Bundesregierung auf,

- die von dem Ausfuhrverbot nach Saudi-Arabien betroffenen, fertig gebauten und noch zu bauenden Patrouillenboote zu übernehmen und in die Rechte und Pflichten des ursprünglichen Käufers einzutreten;
- die Verantwortung für den Einsatz und/oder die Vermarktung der übernommenen Patrouillenboote zu übernehmen, zum Beispiel, indem sie diese der tunesischen, marokkanischen, algerischen und/oder libyschen Küstenwache zur Verfügung stellt, um die weitere Migration von Afrika aus über die Mittelmeerroute zu unterbinden, in Seenot geratene Migranten aufzunehmen und diese zum Ausgangspunkt ihrer Reise zurückzubringen.

Zu Buchstabe b

Die antragstellende Fraktion hebt hervor, dass ein Verkauf von Kriegswaffen nach Saudi-Arabien und die Länder der Jemen-Kriegsallianz gegen europäische Bestimmungen („Gemeinsamer Standpunkt 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern“) verstoße. Die Vereinten Nationen hätten festgestellt, die Angriffe der von Saudi-Arabien geführten Militärallianz seien die Hauptursache für die Opfer unter der Zivilbevölkerung in diesem Konflikt. Die von Saudi-Arabien geführte Militärallianz stehe auf der Liste der Staaten und bewaffneten Gruppen, die die Rechte von Kindern in bewaffneten Konflikten verletzt. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) seien keine zuverlässigen Empfängerländer. Es gebe immer wieder Indizien, dass insbesondere das Militär Saudi-Arabiens und der Emirate die Endverbleibserklärungen verletzt hätten. Neben den konventionellen Waf-

fenlieferungen seien auch der Export von Atomtechnik und Uran zum Einsatz in Atomkraftwerken ein wachsendes Risiko, denn die vermeintlich friedliche Nutzung der Atomenergie sei von militärischen Anwendungen nicht zu trennen. Aus den genannten Gründen wird die Bundesregierung aufgefordert,

- die Entscheidung des Bundessicherheitsrats zu Rüstungsexporten an Saudi-Arabien über Partnerländer wie Frankreich und Großbritannien zu revidieren und den im November 2018 verhängten Waffenexportstopp gegen Saudi-Arabien vollumfänglich wieder in Kraft zu setzen und umgehend auf alle Länder der Jemen-Kriegscoalition auszuweiten;
- dafür zu sorgen, dass keine Atomtechnologien bzw. Komponenten zum Bau und Betrieb von Atomkraftwerken, kein angereichertes Uran aus den Urananreicherungsanlagen der URENCO in Gronau, Almelo (Niederlande), Capenhurst (Großbritannien) und Eunice (New Mexico, USA) sowie keine Brennelemente der ANF Lingen zur Verwendung in den Vereinigten Arabischen Emiraten oder Saudi-Arabien geliefert werden, und umgehend die Stilllegung der deutschen Uranfabriken auf den Weg zu bringen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/7039 in seiner 33. Sitzung am 8. Mai 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/8965 in seiner 33. Sitzung am 8. Mai 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/8965 in seiner 33. Sitzung am 8. Mai 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu den Buchstaben a und b

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat die Anträge auf den Drucksachen 19/7039 und 19/8965 in seiner 39. Sitzung am 8. Mai 2019 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte in Bezug auf den Antrag der Fraktion der AfD fest, sie halte es für keine kluge Beschaffungspolitik, irgendwie verfügbare Ausrüstungen einfach der Bundeswehr aufzudrücken. Sie hoffe, dass unter der Voraussetzung einer positiven Entwicklung das Geschäft doch noch vollzogen werden könne, sobald der blutige Konflikt im Jemen beendet sei. Dabei spiele auch eine Rolle, wie sich die zugespitzte Situation im Iran, der auch Kriegspartei sei, entwickle. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. sei eine Wiederauflage von Forderungen, die DIE LINKE. immer wieder stelle, worauf die Fraktion nur mit Ablehnung reagieren könne. Die öffentliche Anhörung zu Rüstungsexporten im Ausschuss für Wirtschaft und Energie vom 26. September 2018 habe genügend Argumente gebracht, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. abzulehnen. Deutschland betreibe keineswegs eine offensive und expansive Rüstungsexportpolitik. Diese sei im Gegenteil so restriktiv, dass die Kooperationsfähigkeit Deutschlands in Gefahr gerate.

Die **Fraktion der SPD** hob hervor, der Antrag der Fraktion der AfD zeuge von einem völligen Unverständnis über die Aufgabenverteilung und die rechtlichen Grundlagen des Handelns von Bundestag und Bundesregierung. Die angebotenen Lösungen seien populistisch und konterkarierten die Suche nach verantwortungsbewussten Auswegen. Die Bundesregierung habe bereits versichert, dass die Peene-Werft nicht im Stich gelassen werde. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. verfolge nur das Ziel, die verantwortungsvolle und restriktive Rüstungsexportpolitik der Koalition in Misskredit zu bringen. Die Zahlen des Stockholmer SIPRI-Instituts bewiesen, dass die Rüstungsexporte, insbesondere bei den Kleinwaffen, den niedrigsten Stand aller Zeiten aufwiesen.

Die **Fraktion der AfD** wies den Vorwurf des Populismus zurück. Der Erhalt von Arbeitsplätzen sei keine populistische Forderung. Der Antrag formuliere gerade nicht, dass die Bundeswehr diese Boote übernehme, sondern die Boote sollten im Rahmen der Sophia-Mission an die libysche Küstenwache übergeben werden, um das Schlepptum auf dem Mittelmeer zu unterbinden. Die Fraktion begrüße im konkreten Fall die Fortsetzung der europäischen Lieferungen, denn Verträge seien einzuhalten. Generell lehne die Fraktion jedoch Waffenlieferungen an Saudi-Arabien und in andere Krisen- und Kriegsgebiete ab. Waffenlieferungen erschwerten die Suche nach friedlichen Lösungen.

Die **Fraktion der FDP** legte dar, die ständige Wiederauflegung des Themas Rüstungsexporte beweise, wie intransparent der Prozess der Genehmigung und damit für die Öffentlichkeit unverständlich sei. Die Entscheidungen müssten auf geo-, sicherheits- und verteidigungspolitischer Basis getroffen und erläutert werden. Diese Entscheidungen müssten auch die Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland berücksichtigen. Dies gelte sowohl in Bezug auf die EU als auch auf die NATO.

Die **Fraktion DIE LINKE.** kritisierte, dass die Bundesregierung wenige Wochen vor der Europawahl offensichtlich nicht in der Lage sei, Verbündete wie Frankreich, Großbritannien oder Spanien vom Export von Kriegswaffen in Länder wie Saudi-Arabien abzubringen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisierte die widersprüchliche Position der AfD, auf der einen Seite generell gegen Rüstungsexporte zu sein, auf der anderen Seite im konkreten Fall jedoch selbige zu befürworten.

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/7039 zu empfehlen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/8965 zu empfehlen.

Berlin, den 8. Mai 2019

Frank Junge
Berichterstatter

